

Bündnis "Bahn für Alle"

Gemeinsame Pressemitteilung

DB AG: Weniger Leistung für mehr Geld

Bündnis „Bahn für Alle“ kritisiert Fahrpreiserhöhung – in zehn Jahren um 35 Prozent verteuert

(05.12.2012) Auch in diesem Jahr kündigt die DB AG wieder neue Rekordgewinne an, wozu insbesondere das Wachstum des Schienenpersonenverkehrs um 4,5 Prozent beiträgt. Dennoch erhöht die DB auch mit Fahrplanwechsel am 9. Dezember wieder kräftig die Fahrpreise – diesmal nach eigenen Angaben um 2,8 Prozent. Rechnet man die Preiserhöhungen der letzten zehn Jahre zusammen, so belaufen sich diese seit 2003 auf 35,2 Prozent im Fern- und 34,7 Prozent im Nahverkehr. Über den gleichen Zeitraum betrug die Inflation gerade einmal knapp 18 Prozent. Die Bahnpreise haben sich also doppelt so stark erhöht wie das generelle Preisniveau. Die beiliegende Grafik zeigt die Steigerungen der letzten zehn Jahre.

Weitaus mehr noch wirken sich aber die versteckten Preiserhöhungen aus, mit denen insbesondere die Vielfahrerinnen und Vielfahrer belastet werden: Die BahnCard 50 als Mobilitätskarte wird erneut um 3,8 Prozent teurer. Sie hat damit in den letzten zehn Jahren einen gesamten Preisanstieg von über 80 Prozent erfahren. Reservierungen haben sich im Preis mehr als verdoppelt. Dazu ist die Tarifstruktur der Bahn seit der Einführung des Preissystems „PEP“ vor zehn Jahren immer unübersichtlicher geworden. „Mit ihrer Preispolitik schröpft die Bahn weiter diejenigen, die klima- und umweltfreundlich mobil sind“, sagt Bernhard Knierim vom Bündnis Bahn für Alle. „Stattdessen sollte sie mit einem verbesserten Angebot und einem bezahlbaren und übersichtlichen Preissystem attraktiver werden.“ Die Preiserhöhungen bei der Bahn gehen einher mit einem erheblichen Abbau von Leistungen: So wird die Zahl der Züge kontinuierlich abgebaut; Verbindungen werden verschlechtert. Mit dem Fahrplanwechsel von Samstag auf Sonntag fallen beispielsweise sieben der acht transeuropäischen „DB AutoZug“-Verbindungen von Berlin weg. Jüngst hatte eine Zusammenstellung von „Report Mainz“ ergeben, dass die Fernzugverbindungen für 368 Bahnhöfe jenseits der Metropolen seit 1999 um fast die Hälfte reduziert wurden (von 38.027 auf 20.506). Viele auch größere Städte sind inzwischen nicht mehr an den Bahn-Fernverkehr angebunden. Außerdem werden Bahnhöfe geschlossen, die Zahl der Schalter und die Öffnungszeiten der Reisezentren reduziert.

Sascha Vogt, Bundesvorsitzender der Jusos in der SPD, die Mitglied im Bündnis Bahn für Alle sind, kritisiert die Profitorientierung der Deutschen Bahn: „Statt auf Gewinne zu achten, muss die Bahn dringend in die Infrastruktur investieren. Wir brauchen eine Versorgung der Menschen mit Mobilität und zwar in allen Gegenden des Landes. Mobilität ist für uns

zentraler Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Außerdem brauchen wir sozial gerechte Preise: Alle Menschen müssen sich Mobilität leisten können!“

Den Alternativen Geschäftsbericht 2011, der die Geschäftspolitik der DB AG kritisch unter die Lupe nimmt findet man hier:

www.bahn-fuer-alle.de/media/docs/2012/2012-03-AltGeschBer.pdf. Der Alternative Geschäftsbericht 2012 wird im März 2013 erscheinen. Mehr Informationen: www.bahn-fuer-alle.de

„Bahn für Alle“ setzt sich ein für eine bessere Bahn in öffentlicher Hand. Im Bündnis sind die folgenden 20 Organisationen aus Globalisierungskritik, Umweltorganisationen, politischen Jugendverbänden und Gewerkschaften vertreten: Attac, autofrei leben!, Bahn von unten, BUND, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU, Bürgerbahn statt Börsenbahn, Gemeingut in BürgerInnenhand, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Grüne Jugend, GRÜNE LIGA, IG Metall, Jusos in der SPD, Linksjugend Solid, NaturFreunde Deutschlands, ProBahn Berlin-Brandenburg, ROBIN WOOD, Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Umkehr, VCD Brandenburg und Ver.di.